

Marie-Theres Huser, Kantonsratspräsidentin 2007/08

Es gilt das gesprochene Wort

Bedeutung des Staatskundeunterrichts

Veranstaltung zum Thema "Politische Bildung"

Montag, 5. November 2007, 16.00 Uhr, Pädagogische Hochschule St. Gallen

Zurzeit steht das Stimm- und Wahlrechtsalter 16 zur Diskussion. Es gibt Befürworter und Gegner. Meistens dreht sich in dieser Kontroverse alles um die Frage: Sind 16-Jährige reif, das Stimm- und Wahlrecht auszuüben?

An den st. gallischen Schulen ist der Lehrinhalt bei der politischen Bildung umfangreich und die st. gallischen Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule mit einem gut gefüllten Rucksack.

Grundsätzliche Bemerkungen

In Artikel 3 des Volksschulgesetzes des Kantons St. Gallen ist unter anderem erwähnt: "Die Volksschule erzieht den Schüler nach den Grundsätzen von Demokratie, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit im Rahmen des Rechtsstaates zu einem verantwortungsbewussten Menschen und Bürger."

Politische Bildung besteht einerseits in der Vermittlung einer demokratischen Grundhaltung und andererseits von Wissen über die Mechanismen und Abläufe in unserer Demokratie. Haltungen und Einstellungen können nur über längere Zeiträume entwickelt werden, dies ist mitunter eine Daueraufgabe unserer Schule. Werte wie Toleranz, Akzeptanz, Konfliktfähigkeit und Lösungsorientiertheit müssen vorgelebt, erfahren und entwickelt werden, damit sie tragende Pfeiler unseres Rechtssystems über Generationen hinweg bleiben. Die theoretischen Hintergründe, also die Mechanismen und Abläufe in unserem Staatssystem, werden alters- und stufengemäss vermittelt. Die aktuelle Pädagogik will die Jugendlichen möglichst dort abholen, wo sie sich emotional, gesellschaftlich und sozial in ihrer Altersstufe befinden.

Die Grundaufgabe ist – über alle Stufen hinweg – die Erziehung der Schüler und Jugendlichen zu Demokratiefähigkeit und Mündigkeit. Demokratiefähigkeit wird mit Integritätsfähigkeit in die Gesellschaft mit ihren Normen, Rechten und Pflichten definiert.

Der aktuelle Bildungsinhalt in politischer Bildung im Kanton St. Gallen

Volksschule

In der Volksschule sind politische Themen obligatorische Inhalte der beiden Teilbereiche „Individuum und Gemeinschaft“ sowie „Räume und Zeiten“. In der Oberstufe nimmt die politische Bildung einen breiten Raum ein, obwohl sie ebenso, wie zum Beispiel Geschichte, nicht als eigenständiges Fach geführt wird. Unter dem Richtziel „Gemeinschaft erfahren und erleben“ lernen die Schülerinnen und Schüler Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit und setzen sich mit Meinungsverschiedenheiten auseinander. Im Teilbereich „Räume und Zeiten“ sind eine Reihe von verbindlichen Grobzielen der politischen Bildung enthalten. So setzen sich die Schülerinnen und Schüler mit Staatsformen, den Verflechtungen zwischen der Schweiz, Europa und der Welt sowie den aktuellen politischen Fragen auseinander. Sie lernen die öffentlichen Einrichtungen, die politischen Institutionen sowie die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger kennen. Die genannten Ziele sind verbindlich; sie liegen nicht im Ermessen der Lehrkräfte.

Der Unterricht in "Individuum und Gemeinschaft" auf der Oberstufe befasst sich nicht nur mit Elementen des Staatskundeunterrichts, sondern auch mit Berufswahlvorbereitung, Sexualerziehung, Suchtprävention und mit weiteren gesellschaftlichen Inhalten. Die Gewichtung der einzelnen Blöcke liegt in der Verantwortung der Lehrperson. Die verbindlichen Grobziele des staatskundlichen Teils des Lehrplans sind:

- Eigene und fremde Lebensweisen beschreiben und beurteilen
- Notwendigkeit von Regeln für das Zusammenleben einsehen (demokratische Verhaltensweisen)
- Zusammenarbeit verwirklichen
- Konfliktsituationen für sich und mit anderen aufarbeiten
- Grundrechte aller Menschen kennen und reflektieren

Der Bereich „Politische Bildung“ umfasst die Gebiete:

- Gelebte Demokratie. Jede Schuleinheit, jede Klasse kann als politische Einheit gesehen werden. Daraus kann sich situativer Unterricht ergeben, in welchem Regeln, Hierarchien, Mitsprache oder Grenzen von Mitsprache behandelt werden könnten.
- Institutionenlehre - Basisunterricht: Das Vermitteln von Wissen und Begrifflichkeiten steht im Zentrum.
- Politisches Zeitgeschehen. Damit ist der thematische Unterricht gemeint. Als Beispiele seien hier Abstimmungen und Wahlen genannt.

Mittelschule

Im Gymnasium wird "Politische Bildung" oder "Staatskunde" nicht als besonderes Fach berücksichtigt, in der Stundentafel werden dafür keine Lektionen ausgewiesen. Staatskundliche Belange werden in den Fächern "Geschichte" und "Wirtschaft und Recht" in verschiedenen Zusammenhängen angesprochen. Deshalb treffen die Lehrpersonen, welche in einer Klasse diese beiden Fächer unterrichten, zu Beginn der 2. Klasse verbindliche Absprachen, wo und wie das staatskundliche Grundwissen (Institutionen, Abläufe usw.) als Teil der Stufenziele vermittelt wird. Die Verantwortung für den Vollzug dieser Absprachen liegt bei der Lehrkraft des Faches "Geschichte".

Im Grundlagenfach "Wirtschaft und Recht" des Gymnasiums werden die Systematik des Rechts, Rechtsideen, Gebiete aus dem ZGB und OR sowie Grundsätze aus dem Verwaltungs-, Straf- und Prozessrecht behandelt. Im Bereich "Volkswirtschaftslehre" erhalten die Schülerinnen und Schüler einen Überblick über Konjunktur- und Geldtheorie, und es werden in der Regel aktuelle Abstimmungen behandelt. Staatskundliches Wissen im engeren Sinn fällt dabei sozusagen als "Nebenprodukt" an.

Im Fach "Geschichte" geht der Unterricht regelmässig auf aktuelle Themen und Abstimmungen ein und behandelt dabei auch die geltenden politischen Institutionen und Abläufe. Oft werden Projektwochen, Besuche an Parlamentssessionen oder Referate von Politikerinnen und Politikern in den Unterricht aufgenommen. An den Mittelschulen bestehen zudem reale Mitwirkungsmöglichkeiten (Schülerorganisationen), die demokratische Prozesse gewissermassen eins zu eins üben lassen. An den Mittelschulen gibt es zudem Ergänzungs- und Freifächer, die sich unter anderen mit politischen Themen beschäftigen.

An der Wirtschaftsmittelschule gibt es das eigenständige Fach "Geschichte, Politische Bildung", an der Fachmittelschule das Fach "Geschichte/Staatskunde".

Berufsschule

Im Berufsschulunterricht wird Staatskundeunterricht im Gefäss des allgemein bildenden Unterrichtes vermittelt. Dafür ist der Rahmenlehrplan des BBT vom 27. April 2006 verbindlich. Das Fach "Allgemeinbildung" umfasst die beiden Unterrichtsbereiche „Sprache und Kommunikation“ sowie „Gesellschaft“. Es wird themenorientiert unterrichtet, und der Bereich „Gesellschaft“ enthält Lehrziele zu den folgenden acht Aspekten: Ethik, Identität und Sozialisation, Kultur, Ökologie, Politik, Recht, Technologie und Wirtschaft. Im Aspekt Politik soll die politische Kompetenz mit den folgenden vier Bildungszielen entwickelt und gefördert werden:

- Politische Fragen und Probleme analysieren
- Sich Werte aneignen und politische Meinungen entwickeln
- Am politischen Leben teilnehmen
- Politische Meinungen teilen

In den zwei Semester-Themen „Gemeinschaft und Staat“ sowie „Schweiz und Welt“ werden staatskundliche Grundlagen vermittelt und aktuelle Fragen und Probleme aus Innen- und Aussenpolitik erörtert.

An den Berufsmaturitätsschulen ist politische Bildung im Lehrplan verankert, werden doch in den Grundlagenfächern „Geschichte und Staatslehre“ und „Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Recht“ (mind. je 120 Lektionen) spezifische Kenntnisse vermittelt. So lautet beispielsweise ein Richtziel: "Das politische Modell des schweizerischen Bundesstaates und der halbdirekten Demokratie kennen sowie die Möglichkeiten, die sie den einzelnen eröffnen, die eigenen Interessen als Bürger/Bürgerin wahrzunehmen.“ (Rahmenlehrplan für die Berufsmaturität vom 22. Februar 2001, S. 25).

Ziele der Politischen Bildung

Die Schülerinnen und Schüler sollen Grundfertigkeiten erwerben, die es ihnen erlauben, ihre Rolle als Mitglieder der menschlichen Gemeinschaft zu definieren und zu verstehen. Sie sollen wissen, wie politische Institutionen arbeiten und wie die Prozesse ablaufen. Zudem sollen sie lernen, sich sachgerecht zu informieren und eine eigene Meinung zu bilden.

In den Richtzielen des Unterrichts für das Fach "Geschichte" am Gymnasium steht: "Schülerinnen und Schüler sind bereit, Verantwortung in Gesellschaft und Staat zu übernehmen:

- Die Menschenrechte und demokratische Werte als Richtschnur des eigenen Handelns nehmen und sich für sie in Kenntnis der schweizerischen Institutionen und Verfassungswirklichkeit einsetzen
- (...)
- Sich für ein würdiges Leben kommender Generationen einsetzen, in der Einsicht, Glied einer langen Kette zu sein."

Ein Staat – und eine direkte Demokratie erst recht – ist auf das Interesse und auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

In der Schweiz hat sich in den vergangenen Jahren ein Wandel vollzogen: Der traditionelle Staatskundeunterricht wird immer mehr durch den Begriff "Politische Bildung" ersetzt, in dem neben der Vermittlung von Wissen vor allem das Lernen demokratischer Kompetenzen und Fähigkeiten betont wird.